



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Oktober 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## **Rohstoffsicherheit – Herausforderung für die Entwicklungspolitik**

DOKUMENTATION ZUR PODIUMSDISKUSSION AM 24. OKTOBER 2007  
IN DER AKADEMIE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN BERLIN

Die kontinuierliche Versorgung mit Rohstoffen aus dem Ausland zu fairen Bedingungen ist für die deutsche Wirtschaft eine Grundvoraussetzung für ihren Bestand und Erfolg. Viele Rohstoffe werden aus Entwicklungsländern bezogen und sind dort Basis für wirtschaftliches Einkommen, aber auch Ursprung vieler Konflikte. Der Rohstoffreichtum wird daher häufig zu Rohstofffluch. Eine nachhaltige Nutzung des Rohstoffreichtums in Entwicklungsländern ist daher sowohl im Interesse der Entwicklungsländer, als auch im Interesse der deutschen Wirtschaft und des Standorts Deutschlands.

Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer Rohstoff-Versorgungsstrategie, die dieser Grundüberlegung Rechnung trägt. Erste Elemente hat sie – genauso wie der BDI – bereits der Öffentlichkeit vorgelegt. In dieser Strategie soll die Vernetzung verschiedener Politikbereiche vorangetrieben werden. Der Entwicklungszusammenarbeit wird in diesem neu zu gestaltenden Kooperationsfeld eine wichtige Rolle zugemessen.

Die Entwicklungspolitik ist daher aufgefordert, ihren Beitrag zu einer Rohstoff-Versorgungsstrategie klar zu definieren und darzulegen. Die vielfältigen Ansätze, die bereits bestehen, um den Rohstoffsektor in Entwicklungsländern für Investoren sicher und attraktiv zu gestalten, müssen diskutiert, vertieft und ausgebaut werden:

Gestaltung eines fairen und transparenten Wettbewerbs, Förderung und Forderung guter Regierungsführung, Kapazitätsaufbau in der Verwaltung, Aufbau der Stärkung der Rechtsgestaltung und Rechtssicherheit im Rohstoffsektor, Förderung der Transparenz der Vertragsbeziehungen in der extraktiven Industrie (EITI), entwicklungspolitische Flankierung der investierenden Unternehmen, Diversifizierung der Wirtschaft durch Weiterverarbeitung von Rohstoffen, Beratung zum Umweltschutz im Bergbau, Sicherung der nachhaltige Verwendung der Rohstoffeinnahmen durch die Regierungen und – nicht zuletzt – der allgemeine Beitrag zur Armutsbekämpfung und politischen Stabilität in den betroffenen Entwicklungsländern. Diese entwicklungspolitischen Ansätze müssen in der künftigen Rohstoffstrategie fest verankert und von Staat und Wirtschaft mitgetragen werden.



## INHALT

VERANSTALTUNGSPROGRAMM S. 3

DAS PODIUM S. 4

DIE VERZÄHNUNG VON ROHSTOFF-  
VERSORGUNG UND NACHHALTIGER  
ARMUTSBEKÄMPFUNG IM GEGEN-  
SEITIGEN INTERESSE  
*VORTRAG DR. CHRISTIAN RUCK MDB* S. 5

KONFERENZ-BERICHT  
ROHSTOFFSICHERHEIT:  
HERAUSFORDERUNG FÜR DIE  
ENTWICKLUNGSPOLITIK  
*VON JOSEPHINE LANDERTINGER* S. 10

LEBENSÄUFE DER  
PODIUMSTEILNEHMER S. 12

- *Christian Ruck MdB*
- *Laurenz Meyer MdB*
- *Mr. George Johannes*
- *Dr. Claudia Wörmann*
- *Dr.-Ing. Markus Wagner*



## VERANSTALTUNGSPROGRAMM

Mittwoch, 24. Oktober 2007

18.00 Uhr

### **Begrüßung**

Dr. Gerhard Wahlers

*Stv. Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung*

*Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung*

18.10 Uhr

### **Eröffnungsvortrag**

„Die Verzahnung von Rohstoffversorgung und nachhaltiger

Armutsbekämpfung im gegenseitigen Interesse“

Dr. Christian Ruck MdB

*Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion*

18.30-20.00 Uhr

### **Podium**

Laurenz Meyer MdB

*Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion*

George Johannes

*Gesandter der Botschaft der Republik Südafrika*

Dr. Claudia Wörmann

*Abteilungsleiterin Außenwirtschaft, Handels- und Entwicklungspolitik, BDI*

Dr.-Ing. Markus Wagner

*Leiter Referat Rohstoffwirtschaft, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe*

### **Moderation:**

Dominic Johnson

*Redakteur für Afrika, taz*

anschl.

Einladung zu einem kleinen Imbiss



Die Teilnehmer des Podiums (v.l.n.r.): Dr.-Ing Markus Wagner (BGR), George Johannes (Botschaft der Republik Südafrika), Dominic Johnson (taz), Dr. Claudia Wörmann (BDI), Laurenz Meyer MdB (CDU/CSU-Fraktion).



## **DIE VERZAHNUNG VON ROHSTOFFVERSORGUNG UND NACHHALTIGER ARMUTSBEKÄMPFUNG IM GEGENSEITIGEN INTERESSE**

VORTRAG VON DR. CHRISTIAN RUCK MdB

Sehr geehrte Damen und Herren,

Rohstoffe sind die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung – sowohl in Deutschland als auch in allen Entwicklungsländern. **Der richtige Umgang mit den entsprechenden Ressourcen ist daher ein Schlüssel für Entwicklung – und auch für unsere Wirtschaft.**

Die Nachfrage nach energetischen und mineralischen Rohstoffen nimmt enorm zu. Angebot und Nachfrage klaffen auseinander. Man hat errechnet, dass ein Preisanstieg bei primären Rohstoffen um 50% die Materialkosten in Deutschland um 10 Mrd. Euro in die Höhe treibt. In den vergangenen Jahren haben wir aber Preisanstiege von deutlich über 50 % erlebt – 100, gar 130 % bei einigen Rohstoffen!

Die Dynamik des weltwirtschaftlichen Wachstums – insbesondere durch den Beitrag der Schwellenländer – wird auch die Dynamik bei den Rohstoffpreisen weiter ankurbeln.

Diese für uns dramatische Entwicklung könnte gleichzeitig für Entwicklungsländer ein Segen sein. Es gibt in rohstoffreichen Entwicklungsländern jedoch oft eine unheilige Allianz aus schwacher Verwaltung und schwacher Demokratie, korrupten Eliten und meistens ausländischen Extraktionsfirmen, die natürlich vor allem betriebswirtschaftliche Ziele verfolgen, aber oft mit politischer Rückendeckung agieren. Diese Allianz hat bislang dafür gesorgt, dass der **Resourcenreichtum in vielen Ländern statt zum Segen zum Fluch** wurde. Kenianische Politiker haben vor einigen Jahren die berühmte Aussage gemacht: „Auch bei uns in Kenia suchen nun die Amerikaner nach Öl und wir beten täglich zu Gott, dass sie keines finden.“ - Das ist eine bizarre Situation, die aber die Realität in vielen Entwicklungsländern widerspiegelt.

Der Reichtum weniger wird nicht zur Entwicklung vieler genutzt. Im Gegenteil: Eine lange Reihe von Beispielen aus nahezu allen Erdteilen zeigt, dass der Reichtum an Ressourcen ein Grund für ethnische Rivalitäten, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Auseinandersetzungen ist. Die Kontrolle über die Rohstoffquellen bildet mitunter gar erst die Finanzierungsgrundlage für erbitterte, teilweise über Jahrzehnte ausgetragene Kriege.

Nehmen wir das **Beispiel der DR Kongo**, wo wir nun sogar auch militärisch zur Sicherung der Lage beitragen müssen: In friedlicheren Jahren der Vergangenheit machte der extraktive Sektor ca. 75 % der gesamten Exporteinnahmen des Landes sowie 25 % des BIPs und 25 % der Steuereinnahmen aus. Durch Misswirtschaft und Kriegswirren befand sich der formelle Bergbausektor lange Zeit im Niedergang, während der informelle Bergbausektor größer geworden ist. 2001 lag der Anteil am BIP nur noch bei 7%.

Die offiziellen Staatseinnahmen aus dem Rohstoffabbau lagen 2004 bei nur 16.4 Mio. US-Dollar. Die potentiellen Einnahmen liegen nach konservativen Schätzungen allerdings bei rund 400 Mio. US-Dollar. Sie sehen: Diese Einnahmen könnten den Staatshaushalt erheblich verbessern und bei richtiger Verwendung einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten.



Christian Ruck MdB bei seiner Rede

Die häufig zu beklagende „**Rentierstaatlichkeit**“ stabilisiert autokratische Regime und vergrößert letztendlich sogar noch die Schere zwischen Arm und Reich innerhalb der Gesellschaften. Rentierstaatlichkeit fördert vor allem die Korruption und damit letztendlich auch die Gefahr des Staatszerfalls. Das Einnahme-Regime aus der extraktiven Industrie fördert die Reformresistenz und führt in der Regel zu einer Verschlechterung der Regierungsführung oder gar zur Beschleunigung des Staatszerfalls. **Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.**

Viele Rohstoffe, die für unsere Wirtschaft von grundlegender Bedeutung sind, liegen in **Afrika**. Nach Schätzungen liegen in Afrika 30 Prozent aller mineralischen Vorkommen und – beispielsweise – 90 Prozent der Weltreserven für Platin. Der Kontinent ist daher in den **Brennpunkt einer sehr stringenten bis aggressiven Rohstoffbeschaffungsdiplomatie** wichtiger *global player* geraten. Deutschland steht vor der Herausforderung, seine Position und Kooperation gegenüber konkurrierenden Schwellenländern zu überdenken, den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen, die eigenen Interessen stärker zu betonen und den internationalen Interessenausgleich im Rohstoffsektor zu fördern.

Große Projekte der extraktiven Industrie schaffen nicht nur zusätzliche Einnahmequellen für Entwicklungsländer, sondern bergen häufig auch **große Umweltrisiken und soziale Verwerfungen**, die die betroffenen Regionen stark belasten. Privatunternehmen und Regierungen müssen daher zur Einhaltung sozialer und umweltpolitischer Standards deutlicher verpflichtet und die lokalen Verwaltungen und Zivilgesellschaften bei der Vertretung ihrer Interessen gestärkt werden.

Die geradezu dramatischen Zusammenhänge und enormen positiven Potentiale verdeutlichen die **Notwendigkeit**, unsere Rohstoffversorgungspolitik mit unserer Entwicklungspolitik zu verknüpfen. Es gilt, gemeinsame umfassende Strategien zu erdenken, die relevanten Akteure zusammen zu führen und die nötigen und möglichen Synergieeffekte zu heben. Ich freue mich daher, dass die **Konrad-Adenauer-Stiftung** diese Veranstaltung organisiert, um hier ein gemeinsames Forum zu schaffen und den Dialog zwischen Entwicklungspolitik und der Wirtschaft unter der Leitung des anerkannten Afrikaspezialisten Dominic Johnson anzukurbeln.

Die Notwendigkeit einer strategischen Aufstellung aller Akteure zur Sicherung unserer Rohstoffversorgung wurde bereits erkannt und auch schon in anderen Dialogforen behandelt. Ich erinnere an den **Rohstoffkongress des BDI** im März dieses Jahres. In seiner Eröffnungsrede erklärte der BDI-Präsident: „Rohstoffsicherheit ist von strategischer



Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Zur Sicherung unserer Versorgung mit metallischen Rohstoffen müssen Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen.“

Auch die **Bundeskanzlerin** betonte die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie der Verzahnung, verkündete die Schaffung oder Aufwertung eines interministeriellen Ausschusses für Rohstofffragen und stärkte die **mittragende Rolle der Entwicklungszusammenarbeit**.

Diese Rolle der Entwicklungspolitik gilt es nun klarer zu definieren und – wenn möglich – noch auszubauen. Als entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag möchte ich Ihnen einige **strategische Ansätze vorstellen, die die Entwicklungspolitik verfolgt und noch weiter verstärken kann**, um einen Beitrag zu einer umfassenden und nachhaltigen, weil auch entwicklungsfördernden und stabilisierenden Rohstoffversorgungspolitik zu leisten. Für energetische Rohstoffe haben wir dies in unserem **Antrag „Energie- und Entwicklungszusammenarbeit stärker verzahnen – Synergieeffekte für die weltweite Energie- und Entwicklungsförderung besser nutzen“** (Drs. 16/4045) bereits durchdekliniert.

Wir müssen bereit sein, in den rohstoffreichen Entwicklungsländern mit neuen **entwicklungspolitischen Ansätzen** verstärkt aufzuwarten, und zwar in **zwei Richtungen**.

Wir müssen einerseits den gutwilligen Regierungen eine technische Kooperation anbieten, die sie in die Lage versetzt, bei ihren Rohstoffvorkommen und Rohstoffextraktionen mit technischem und administrativem Know-how Ordnung zu halten und zusätzliche Gewinne für das lokale Wirtschaftswachstum zu erzeugen.

Und wir müssen andererseits jene Regierungen, die nicht willens sind, sich transparenten Marktregeln zu unterwerfen, in die Pflicht nehmen, diese Regeln zu respektieren und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie anzuwenden.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Entwicklungsländern kann einen Beitrag leisten, indem sie ein extra für diesen Sonderfall **angepasstes Konzept für den Kapazitätsaufbau** der örtlichen Verwaltungen entwickelt. Dieses Konzept muss die kooperationsbereiten Regierungen und Verwaltungen besser dazu befähigen, **den Ressourcenreichtum effizient und entwicklungsorientiert zu nutzen**. Dazu müssen die Förder- und Beratungsprogramme der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit darauf abzielen, die Kapazitäten und Regulierungen der Verwaltungsstrukturen der Entwicklungsländer zu stärken, um ein effizienteres Management der Staatseinnahmen, der Staatsausgaben und der allgemeinen Verwaltung zu erreichen. Die Förderung der Transparenz in der Verwaltung und die Sicherstellung einer angemessenen Beamtenbesoldung gehören dazu.

Das Bundesministerium ist zudem aufgerufen, noch in dieser Legislaturperiode mit geeigneten Konzepten zur **Transformation von bad zu good governance** gerade auch in rohstofffördernden, aber schlecht regierten Staaten aufzuwarten. Hier ist primär die Zivilgesellschaft als Partner zu integrieren und zu fördern. Die in rohstoffreichen Staaten zu beklagende Reformresistenz ist durch geeignete Maßnahmen abzubauen. Um entwicklungsorientiertes, eigenverantwortliches Handeln zu kräftigen, müssen Entwicklungsmaßnahmen vor allem darauf abzielen, interne und gesellschaftliche Kontrollmechanismen aufzubauen und zu stärken. Demokratische Strukturen müssen gefördert und Netzwerke der nichtstaatlichen Organisationen vor Ort unterstützt werden. Die Stellung der Parlamente ist durch Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.

Die Entwicklungszusammenarbeit kann auch dadurch dazu beizutragen, den Ressourcenfluch zu einem Ressourcensegens umzuwandeln, indem sie die Erlöse aus der lokalen Rohstoffindustrie in Entwicklungsländern stärker auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ausrichtet. Einkommen aus der Rohstoffförderung sind auf die Er-



reichung der Millenniumsentwicklungsziele auszurichten. Dazu müssen **Konzepte gestärkt werden, die die Verwendung von Ressourceneinnahmen zur Finanzierung entwicklungsrelevanter Sektoren** fordern und fördern. Bestehende Ansätze, wie das von der Weltbank mit **konditionierten Krediten** ausgestattete Kamerun-Tschad-Erdöl-Projekt, müssen überprüft und erweitert werden.

In diesem Zusammenhang ist die **zeitliche Staffelung der Unterstützungsmaßnahmen** im Rohstoffsektor in Abhängigkeit von der Regierungsführung, so wie sie der „Extractive Industries Review“ für die Weltbank empfiehlt, zu begrüßen. Nach Beginn des Projektes ist auf die Einhaltung der Konditionen zu achten und ihre Nicht-Einhaltung entsprechend konsequent zu sanktionieren.

Die Entwicklungspolitik leistet einen weiteren Beitrag zur Stabilisierung der Rohstoffversorgung, indem sie Initiativen zur Förderung der **Transparenz der Vertragsbeziehungen** unterstützt. Die Vereinbarungen zwischen den rohstoffproduzierenden Staaten einerseits und privaten oder staatlichen Rohstoffförderunternehmen und den involvierten Banken andererseits müssen offengelegt werden. Initiativen wie *publish what you pay* und die *Extractive Industry Transparency Initiative* könnten durch Verankerung im internationalen Völkerrecht und durch weitere politische Unterstützung seitens der Bundesregierung gestärkt werden. So kann auch der Druck auf die verantwortlichen Eliten in Entwicklungsländern verstärkt werden, über ihre Einnahmen aus der extraktiven Industrie **Rechenschaft** gegenüber der eigenen Bevölkerung **abzulegen** und die Entscheidungsprozesse zur Verwendung der Einnahmen im Sinne einer transparenten Demokratie offen zu legen.

Meine Damen und Herren, das Prinzip der Rechenschaftspflicht scheint mir ganz entscheidend zu sein, wenn es um die Frage geht, wie wir eine internationale Rohstoffversorgungspolitik auch zusammen mit den neuen Mitbewerbern aus der Kategorie der **Schwellenländer** gestalten wollen:

Möglichst transparente Vertragsbeziehungen, möglichst nah an einem offenen Marktgeschehen, verbunden mit einem möglichst breit getragenen internationalen *Code of Conduct* im Rohstoffsektor sind m. E. die **Schlüsselemente, um eine faire Rohstoffpolitik im Interesse aller Marktteilnehmer auszugestalten**. Es ist ein guter Anfang, dass sich diese Elemente auch im G8-Abschlussdokument wiederfinden.

Wir müssen vor allem alles daran setzen, dass sich auch die neuen global player wie China und Indien einem solchen *Code of Conduct* verpflichten. Wir müssen sie **in die multilateralen Organisationen, wie den DAC, einbinden** und sie dazu bringen, ihrer steigenden internationalen Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern langfristig gerecht zu werden.

Dies sollte durch Kooperation erreicht werden. Ich plädiere daher seit langem für **Dreieckskooperationen**, bei denen wir beispielsweise mit China zusammen Projekte in Afrika aufziehen. Auf diese Weise können wir ein gemeinsames Verständnis für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit im gegenseitigen Interesse entwickeln.

Armutsbekämpfung ist keine abstrakte Handlung, sondern sie muss vor Ort umgesetzt werden. Daher müssen wir neue Rohstofferschließungs**projekte und -programme** der extraktiven Industrie kritisch und konstruktiv **begleiten und gegebenenfalls konditionieren**, damit die Auswirkungen der Rohstoffförderung für die lokale Bevölkerung, Umwelt und Menschenrechtssituation verträglich bleiben und keine irreversiblen Schäden entstehen. Rohstofffördernde Konsortien müssen zur Einhaltung sozialer und umweltpolitischer Standards verpflichtet werden.

Lassen Sie mich nochmals auf meine Eingangsfeststellung zurückkommen: Wir betreiben Entwicklungszusammenarbeit aus zwei Hauptmotiven: Einerseits dient sie der Erfüllung unserer solidarischen und christlichen Pflicht, Menschen





in Not zu helfen. Andererseits und gleichzeitig **dient diese langfristig angelegte Politik aber auch unseren eigenen strategischen Interessen.**

Wir haben ein großes Interesse, unsere eigene Rohstoffversorgung zu diversifizieren und auch aus Entwicklungsländern zu stabilisieren. Wir haben ein eigenes Interesse an guten rohstoffpolitischen Verbindungen zu Entwicklungsländern. Wir haben ein eigenes Interesse an geordneten, gesitteten und transparenten Extraktionsverfahren, damit die Einnahmen nicht in die falschen Hände geraten und somit das Risiko politischer Instabilität in den betreffenden Ländern, vor allem der afrikanischen Ländern, wächst. Wir haben ein eigenes Interesse daran, dass sich Entwicklungsländer aus eigener Kraft entwickeln können, damit die Menschen in diesen Ländern ein Einkommen und eine Perspektive erhalten und sich nicht radikalisieren, sich nicht zu Terroristen entwickeln, sich nicht in bedrohlichen Migrationsströmen auf uns zu bewegen und sich nicht gegen einander wenden im Kampf um Wasser oder andere lebensnotwendige Rohstoffe.

Meine Damen und Herren, Entwicklungspolitik wird damit auch zu einer **präventiven Sicherheitspolitik**, die letztlich auch unsere eigene Sicherheit gewährleisten soll. Daraus ergibt sich genau die Verbindung, die wir heute hier nun heute prominent und exemplarisch diskutieren werden, nämlich die Verbindung von Rohstoffversorgung für die deutsche Wirtschaft einerseits mit der Entwicklungspolitik für unsere Partner in den Entwicklungsländern andererseits – **im gegenseitigen Interesse.**



## KONFERENZ-BERICHT

### ROHSTOFFSICHERHEIT: HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

VON JOSEPHINE LANDERTINGER

Metallische Rohstoffe sind für unseren Alltag von enormer Bedeutung. Nicht nur für Industrie und Transport sind sie wichtig, sondern für den Privatverbrauch: ohne Kupfer, Aluminium, oder Coltan würden weder Handys noch Autos funktionieren. Jeder einzelne nutzt im Alltag rund 60 verschiedene Metalle. Mit dem steigenden Wohlstand in der Welt wird der Bedarf an metallischen Rohstoffen immer größer.

Angebot und Nachfrage von mineralischen und energetischen Rohstoffen klaffen auseinander. Es gibt Preisanstiege von deutlich über 50 Prozent, bei einigen Rohstoffen sogar von 100 Prozent. Was für Deutschland eine dramatische Entwicklung ist, könnte gleichzeitig ein Segen für die Entwicklungsländer darstellen. Doch eine unheilige Allianz aus schwacher Demokratie, korrupten Eliten und rein gewinnorientierten Extraktionsfirmen würde dazu führen, dass dieser Segen ein Fluch wird. „Der Reichtum an Ressourcen ist ein Grund für ethnische Rivalitäten, Bürgerkriege und zwischenstaatliche Auseinandersetzungen“, verdeutlichte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Christian Ruck. Aus diesem Grund sei eine stärkere Rolle der Entwicklungszusammenarbeit nötig.

In diesem Zusammenhang erläuterte Ruck zwei strategische Ansätze. Einerseits soll gutwilligen Regierungen eine technische Kooperation angeboten werden, die sie in die Lage versetzt, ihre Rohstoffvorkommen und -extraktionen selber verwalten und durchführen zu können. Andererseits sollen Länder ohne gute Regierungsführung aufgefordert werden, sich transparenten Marktregeln zu unterwerfen. Die Beschaffung der Rohstoffe sei allerdings weiterhin Aufgabe der Wirtschaftsunternehmen, erklärte Ruck. „Der Staat kann nach unserer Auffassung durch seine Politik nur die Rahmenbedingungen verbessern, innerhalb derer die Unternehmen agieren. Diese Grundfestlegung bleibt bestehen, auch wenn andere *global player*, wie China oder Indien, nun eine staatsgetriebene Rohstoffversorgungspolitik verfolgen“, so der CSU-Politiker. Durch die Förderung von Transparenz, Anti-Korruptionsstrategien und die Durchsetzung eines internationalen „Code of Conduct“ (Verhaltenskodex) im Rohstoffsektor könnte die Entwicklungszusammenarbeit den Ressourcenfluch in einen Ressourcensegen umwandeln.

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren mit Ruck einer Meinung, dass der Staat bzw. die Entwicklungspolitik nur die Rahmenbedingungen schaffen kann. Die eigentliche Rohstoffversorgung liege in den Händen der Wirtschaft. „Unternehmen waren sich zu lange sicher, dass die Rohstoffe zu ihnen kommen und dass man sich nicht darum bemühen muss. Jetzt denkt man darüber nach, wie man sich die Rohstoffe langfristig sichern kann“, sagte Laurenz Meyer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Meyer schlug vor, beispielsweise Infrastruktur gegen Rohstoffe auszutauschen – doch fehle der Mut zu solchen Projekten. Die Flexibilität deutscher Unternehmen sei noch sehr beschränkt, so Meyer.

„Die Rohstoffbeschaffung ist eine Sache der Unternehmen; die Politik sollte sich da raus halten“, meinte ebenfalls Dr. Claudia Wörmann. Die Leiterin der Abteilung Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) wies darauf hin, dass sich die Situation auf den Rohstoffmärkten in den letzten Jahrzehnten sehr stark gewandelt hat. „Der internationale Markt ist sehr komplex und betrifft nun viele Sektoren wie die Wirtschaftspolitik, die Umweltpolitik, die Außenpolitik und die Entwicklungspolitik“, erklärte Wörmann. Ein Großteil der Rohstoffe, die Deutschland benötigt, liegen in unterentwickelten und politisch instabilen Ländern. Die Überwindung von Unterentwicklung sei daher im eigenen Interesse. „Wenn die Entwicklungspolitik die Stabilität dieser Länder fördert, darauf achtet, dass Bergbaukonzessionen transparent vergeben werden, dass Rohstoffe schneller und besser produziert werden, dann sind das alles Beiträge, die zu unserer eigenen Rohstoffsicherheit führen“, so Wörmann.

Deutschland hat ein eigenes Interesse an geordneten Extraktionsverfahren sowie an politischer Stabilität der betroffenen Länder. Um die Migrationswelle in Grenzen zu halten, ist es im Interesse Deutschlands, dass die Menschen in den Entwicklungsländern eine Perspektive in ihrem eigenen Land haben. Für Dr. Markus Wagner ist es wichtig, dass die Entwicklungspolitik Unterstützung bietet, um den Gewinn der Rohstoffe für die lokale Bevölkerung zu optimieren.



„Den Entwicklungsländern fehlt meist das Instrumentarium. Hier gibt es Nachholbedarf solche Tools zu entwickeln“, sagte der Mitarbeiter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Wagner setzte sein Augenmerk auf den privat organisierten Kleinbergbau. Der industrielle Bergbau könne auf Grund bestimmter Marktvorgaben die Nachfrage nicht so schnell befriedigen. Das würde beim Kleinbergbau nicht passieren. „Der Kleinbergbau erhöht die Angebotselastizität; daher ist es Aufgabe der Entwicklungspolitik, diesen zu fördern. Der Kleinbergbau ernährt viel mehr Leute als der industrielle“, hob Wagner hervor.

Der Gesandte der südafrikanischen Botschaft, George Henry Johannes, stellte dar, wie wichtig der Bergbau und die mineralische Industrie für die Wirtschaft seines Landes ist. Im Jahre 2005 habe Südafrika Mineralien in über 100 Länder der Welt exportiert. „Es gibt viel Entwicklung und Engagement in diesem Sektor. Auch das Gesetz zu Erdöl und mineralischen Rohstoffen hat dazu beigetragen, dass sich viel in Bewegung gesetzt hat“, erklärte Johannes. Obwohl er feststellte, dass Rohstoffe irgendwann ausgehen werden, meinte der Gesandte, Südafrika habe noch genügend Rohstoffe zur Verfügung: „Wir haben noch so viel Rohstoffvorkommen, dass wir uns momentan noch keine Sorgen machen müssen“.

Dennoch kritisierte ein Teilnehmer im Publikum, dass immer nur Möglichkeiten gesucht würden, die Rohstofflieferung zu sichern, anstatt über Ressourcenschonung nachzudenken, beispielsweise über Recycling. Christian Ruck ging auf die Kritik ein und bestätigte, dass ein ganz entscheidender Punkt in der Debatte sei, wie man mit knappen Ressourcen wie Öl umgeht. „Es geht um die Effizienz der eingesetzten Materialien. Da kann man sehr viel machen, sowohl in den Entwicklungsländern als auch hier bei uns“, erläuterte der Entwicklungspolitiker. Auch Meyer reagierte auf den Hinweis aus dem Publikum. „Ressourceneffizienz ist durchaus sehr aktuell. Sie ist in unserem Themenkatalog, der bis 2008 bearbeitet werden soll“, legte der CDU-Abgeordnete dar. Frau Wörmann fügte hinzu, Recycling sei für die Unternehmen von sehr hoher Bedeutung. „Das ist zwar heute hier nicht angesprochen worden, es ist aber ein großes Thema in der Industrie“.

Ebenfalls wurde aus dem Publikum kritisiert, dass die Diskussion über Rohstoffe viel zu einseitig geführt worden sei, ohne dass man sich in die Rolle der Entwicklungsländer gestellt hätte. Das Panel hätte die Sicht der Industrieländer zu stark repräsentiert. „Aus Sicht der Industrie ist es zunächst zwangsläufig, dass wir diese Sicht haben. Wir sind Importeure“, konterte Claudia Wörmann. Es sei aber sehr wichtig, als Industriestaat auf gute Regierungsführung zu bestehen, forderte Ruck. Die Länder, die einen Willen zeigen und entwicklungsorientiert denken, die solle Deutschland technisch unterstützen. In Entwicklungsländern, wo die politischen Umstände nicht so gut aussehen würden, sei es kompliziert für deutsche Unternehmen sich durchzusetzen, ergänzte Meyer: „Da ist es schon schwierig für die deutsche Industrie mit den Geschäftsgepflogenheiten anderer Player zu konkurrieren“.

George Johannes meinte, die afrikanischen Länder würden sich immer mehr ihrer Eigenverantwortung bewusst werden. Das gehöre zu einem neuen Denken. Die Betonung liege nicht mehr auf Geben und Nehmen, sondern auf eine gleichgestellte, verantwortungsvolle Partnerschaft auf dem internationalen Markt. „In Südafrika haben wir begonnen, unsere eigene Ressourcen und somit auch unser eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen“.

Zur Sicherung der globalen Ressourcensicherung scheint dieses neue Denken unabdingbar. In der Diskussion wurde deutlich, dass durchaus ein einseitiges Denken eher kontraproduktiv sein kann. Es ist wichtig, die ressourcenreichen Länder als Partner in Augenhöhe zu betrachten, ohne die Prämisse der guten Regierungsführung zu vergessen.



## LEBENSÄUFE DER PODIUMSTEILNEHMER

### **Dr. Christian Ruck MdB**

Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

Diplomökonom, \*Geboren am 24. Dezember 1954 in Augsburg; römisch-katholisch; verheiratet, vier Kinder.

Besuch des humanistischen Gymnasiums bei St. Stephan. Studium der Wirtschaftswissenschaften in München, Augsburg und Paris (Sorbonne), Abschlüsse als Diplomökonom, Dr. rer. pol. in Augsburg und mit dem Diplôme Supérieur d'Université de la Planification in Paris. Wehrdienst in Sonthofen.

Betrieb eines Weinhandelsgeschäftes. Forschungsarbeiten in Afrika.

Regierungsrat im Grundsatzreferat "Verkehrspolitik" im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Mitglied der CSU und Jungen Union seit 1974; Orts- und Bezirksvorsitzender der Jungen Union und Mitglied des Landesausschusses; stellvertretender CSU-Bezirksvorsitzender in Augsburg.

Mitglied des Bundestages seit 1990. Stellv. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.



## Laurenz Meyer MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

- 15. Februar 1948 geboren in Salzkotten
- 1968 Abitur
- 1975 Examen zum Diplomvolkswirt an der Universität Münster
- 1975 - 2004 bei der VEW AG (heute RWE AG) in Dortmund angestellt
- 1975 - 1995 Mitglied des Rates der Stadt Hamm
- 1989 - 1995 Fraktionsvorsitzender der CDU Hamm
- 1990 - 2002 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen
- 1990 - 1999 Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion
- bis 2001 Schatzmeister der CDU-Nordrhein-Westfalen
- 1997 - 1999 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
- 1999 - 2000 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von NRW
- April 2000 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes
- November 2000 bis Dezember 2004 Generalsekretär der CDU Deutschlands
- seit Oktober 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages,  
Mitglied des Wirtschaftsausschusses
- seit November 2005 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik  
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales



### **Mr. George Henry Johannes**

Gesandter der Botschaft der Republik Südafrika

Herr Johannes arbeitete hauptberuflich als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Radio-Journalist für den African National Congress (ANC) in Angola und Zambia. Er wurde zum Administrative Secretary der Abteilung Information und Öffentlichkeitsarbeit des ANC in Zambia ernannt und nach London entsandt, wo er als Journalist für „Sechaba“ arbeitete, das offizielle Presseorgan des ANC.

Als Secretary und später als Vorsitzender der Jugendliga in Großbritannien wurde er bei der jährlichen Vollversammlung in Tanzania in das Youth Executive Committee des ANC gewählt. Im Jahr 1987 repräsentierte er den ANC bei der World Federation of Democratic Youth (WFDY) in Budapest, Ungarn.

Nachdem Herr Johannes seine Schullaufbahn an der Trafalgar High School in Kapstadt abgeschlossen hatte, verbrachte er wegen der Apartheid viele Jahre im politischen Exil im Ausland. Nachdem er Südafrika verlassen hatte, studierte er am University College Cork, Irland, und schloss sein Studium mit einem First Class BA Honours Grad in Philosophie und Geschichte ab. Anschließend studierte er in Großbritannien an der Universität Reading, Berkshire, wo er ein Diplom in Berufsberatung (Careers Guidance) und einen Magister in Pädagogik erwarb. Er arbeitete als Fachberater für Karriereplanung am Reading College of Technology und immatrikulierte sich an der Universität Leicester als Doktorand. 1989 gab er seine Dissertation in Politikwirtschaft ab und nahm eine Stelle am Birbeck College der Universität London an, wo er Studenten im Aufbaustudium in Politikwissenschaft unterrichtete.

1994 kehrte er nach Südafrika zurück und assistierte bei der Mobilisierung für die Wahlen. Im Jahr 1995 wurde er zum Direktor für internationale Beziehungen im Arbeitsministerium ernannt und wechselte im April 1997 zum Auswärtigen Amt. Im November 1997 wurde er Botschaftsrat (Counsellor) und später Gesandter (Deputy High Commissioner) an der südafrikanischen Vertretung in London.

Als Herr Johannes im Januar 2003 nach Südafrika zurückkehrte, wurde er zum Direktor für Großbritannien, Irland und die Benelux-Staaten im Auswärtigen Amt ernannt und übernahm am 2. September 2005 das Amt des Gesandten (Minister) an der südafrikanischen Botschaft in Berlin.



**Dr. Claudia Wörmann**

BDI, Abteilungsleiterin Außenwirtschaft, Handels- und Entwicklungspolitik

Dr. rer. pol. Claudia Wörmann ist Leiterin der Abteilung Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). In dieser Abteilung werden die Grundsatzfragen dieser Politikfelder betreut.

Claudia Wörmann gehört dem Spitzenverband seit April 1989 in verschiedenen Funktionen an. Von 1995 bis 2000 leitete sie das Büro des Präsidenten und der Hauptgeschäftsführung beim BDI.

Claudia Wörmann hat Politische Wissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft in Tübingen und Berlin studiert, 1981 Promotion mit einer Arbeit zum deutschen Osthandel. In den achtziger Jahren war sie zunächst wissenschaftliche Assistentin an verschiedenen Instituten und dann als Assistenzprofessorin mit Schwerpunkt Internationale Wirtschaftspolitik am Institut für Internationale Politik an der Freien Universität Berlin tätig (Publikationen zur deutschen und amerikanischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik). In dieser Zeit war sie auch Fellow am Woodrow Wilson Center for International Scholars in Washington, D.C. (1986/87) und Programm-Direktorin des von der VW-Stiftung geförderten Berlin Program for Advanced German and European Studies (1987-1989).



**Dr.-Ing. Markus Wagner**

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

**Tätigkeitsfelder**

- Konzepte und Strategien zur Rohstoffversorgung
- Wirtschaftlichkeitsanalysen im Bergbau
- Gestaltungsrahmen des Bergbausektors
- Zertifizierung und Standardinitiativen in der Rohstoffgewinnung

**Werdegang**

1983 - 1994	Studium an der FU Berlin und TFH Berlin (Geologie, Wirtschaftsingenieurwesen)
1990 -1997	Assistent am Fachgebiet Lagerstättenforschung, Promotion an der TU Berlin
1997 - 2000	Projektleiter Goldexploration Westafrika für Hansa GeoMin Consult GmbH, Duisburg
2002	Referent „Mineralische Rohstoffe“ im BMWi, Berlin
Seit 2000	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover

Markus WAGNER is a specialist in the assessment and evaluation of mineral resources. Since 2003, he is heading the desks of Mineral Economics as well as Mining at BGR, the German Federal Institute for Geosciences and Natural Resources. In more than 15 years of professional experience, he has worked as an exploration geologist, project manager, trainer and consultant in the minerals sector in many countries. Dr. Wagner is a geologist and industrial engineer by training with additional studies in mine management and metallurgy and holds a doctorate in mineral economics.